

Projektmeldung | Malawi | Wasser und Umwelt

## Lilongwe Water and Sanitation Project

Verbesserung der Wasserver- und Abwasserentsorgung

### Finanzierungsbewilligung

02.02.2018

<b>Land:</b>	Malawi
<b>Finanzierung:</b>	Weltbankgruppe (IBRD)/ Internationale Entwicklungsorganisation / International Development Association (IDA)
<b>Kategorie:</b>	Wasser und Umwelt
<b>Träger:</b>	Lilongwe Water Board

Für ein Projekt der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Malawis Hauptstadt Lilongwe stellt die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) Mittel in Höhe von insgesamt 100 Mio. US\$ zur Verfügung, davon 75 Mio. US\$ als Kredit und 25 Mio. US\$ als Zuschuss. Ziel ist es, den Zugang zu einer verbesserten Wasserversorgung und einer sicheren Abwasserbeseitigung in der Stadt zu erweitern. Schwerpunkte des Vorhabens sind die Sanierung und der Ausbau des Wasserverteilungsnetzes sowie vorrangige Maßnahmen zur Verbesserung des Abwassersystems. Weitere Komponenten sind technische Hilfe und die Stärkung der institutionellen Kapazitäten. Der Projektabschluss ist für Ende Juni 2023 vorgesehen.

**Bitte melden Sie sich an, um diesen Inhalt aufzurufen**

Klicken Sie auf den Button "My GTAI Login" und loggen Sie sich mit Ihrer Benutzererkennung ein. Sollten Sie für diese Webseite noch kein Benutzerkonto haben, können Sie sich hier schnell **KOSTENLOS REGISTRIEREN**

[My GTAI Login](#)

**Mehr zu:**

Malawi

Wasser und Umwelt / Arbeitsmarkt, Lohn- und Lohnnebenkosten / Konjunktur / Wasserversorgung, Bewässerung /  
Fortbildung, Schulung / Handel und Vertrieb, übergreifend / Beratung, Planung und Forschung, übergreifend /  
Privatisierungsvorhaben / Bau, übergreifend / Baustoffe, Glas, Keramik / Öffentliche Verwaltung und Regierung /  
Abwasserentsorgung, Entwässerung

Projekte

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.